

# Alle Arbeitsplätze und Werke verteidigen

## - Gemeinsamen Widerstand organisieren!

2.500 Arbeitsplätze bei den Werften und noch viele mehr bei den Zulieferern stehen auf dem Spiel. Nachdem jahrelang uns die Politik versichert hat, dass mit staatlichen Zuschüssen die Arbeitsplätze gesichert werden, wird jetzt eines klar: Gesichert wurden vor allem die Profite der Werftbesitzer. Während Arbeitern in einem Jahr Hartz IV droht, werden Burlakov und Co wohl kaum auf ihre noblen Karossen oder ihre Villen verzichten müssen.

Jetzt wird davon geredet, die Insolvenz sei „eine Chance für einen Neuanfang“. Das kennen wir: Bereits vor 20 Jahren wurde gesagt, dass mit den Privaten an Bord alles besser werden würde. Der VEB-Schiffbau war einer der besten weltweit, aber was ist davon übrig geblieben? Von 5.500 Arbeitsplätzen 1989 sind gerade noch 1.200 übrig.

Wir befinden uns inmitten der größten kapitalistischen Krise seit den 30iger Jahren. Weltweit sind die Aufträge im Schiffbau um 90 Prozent zurückgegangen. Wie die Autoindustrie, steht auch der gesamte Schiffbau vor einem riesigen Kahlschlag.

Die Wadan-Werften stehen am Anfang einer Kette von Insolvenzen in der Werftindustrie, die durch die jetzige Krise unvermeidlich ist. Schon jetzt hat auch Thyssen-Krupp den Abbau von 400 Stellen in Kiel und Emden angekündigt. Weitere Werften (wie aktuell die Rensburger-Nobiskrug-Werft oder Stralsund) sind von Insolvenz bedroht.

### Es gibt mehr als genug zu tun

Das heißt aber nicht, dass keine modernen Schiffe gebraucht werden: Weltweit sind tausende Schrottkähne auf den Weltmeeren unterwegs, die eine Gefahr für die Menschen und Umwelt darstellen und mit veralteten Maschinen arbeiten. Es gibt auf den Werften moderne Produktionsanlagen. Es gibt eine gut ausgebildete Belegschaft und viel technisches Wissen. Also mehr als genug Arbeit und Menschen, die sie erledigen können. Das, was nicht geschieht, hat einen Grund: Das kapitalistische Profitprinzip.

Ein neuer privater Investor ist kein Garant für den Erhalt der Arbeitsplätze. Im Gegenteil: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass



2.500 KollegInnen von HDW haben im Mai gegen den drohenden Abbau von 5.000 Arbeitsplätzen gestreikt

private Investoren immer wieder Staatsgelder in Anspruch nehmen, dann aber wie die deutsche Vulkan die Werften trotzdem vor die Wand fahren, oder sich, wie Aker aus dem Geschäft herausziehen. Egal aus welchem Land ein Investor kommt, es bleibt ein Kapitalist, der Geld machen will und zwar auf Kosten von Beschäftigten und Steuerzahlern.

Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Beschäftigten für die Folgen der kapitalistischen Krise bezahlen – weder durch den Verlust ihrer Arbeitsplätze, noch durch Lohnverlust. Wenn es sich für die Unternehmer nicht lohnt in neue Technik zu investieren, dann spricht das nicht gegen die neue Technik und die Arbeitsplätze auf den Werften, sondern gegen die privaten Eigner, die nicht bereit sind auf ihre Profite zu verzichten.

### Demokratische Kontrolle notwendig

Millionen öffentlicher Gelder sind in die Werften geflossen. Was in der Vergangenheit damit passiert ist, wurde nie kontrolliert. Jetzt stellt sich heraus, dass sie nicht für den Erhalt der Werften genutzt wurden. Das darf nicht einfach hingenommen werden. Die Geschäftsbücher müssen sofort und vollständig gegenüber der Belegschaft und der Gewerkschaft offen gelegt werden, um zu sehen, was mit dem Geld passiert ist. Ansonsten drohen auch zukünftige staatliche Gelder in den Taschen privater Investoren zu versickern.

## Arbeit statt Hartz IV

Alle Arbeitsplätze bei Werften und Zulieferern müssen erhalten bleiben. Einen „Neuanfang“ beim Jobcenter darf es nicht geben. Es hängt nicht nur das Schicksal der Werftbeschäftigten daran, sondern auch ihrer Familien, wie auch der gesamten Region! Warum sollen jetzt Steuergelder eingesetzt werden, um Arbeitslosigkeit zu finanzieren, wenn doch genug sinnvolle Arbeit vorhanden ist? Warum arbeiten Wenige viel, während viele keine Arbeit haben? Um Beschäftigung zu sichern, ist eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit für Alle ohne Lohnverlust nötig.

Um die Arbeitsplätze aber zu retten, ist die Verstaatlichung der Werften unter Kontrolle der Belegschaft nötig. Anstatt kapitalistischer (Miss-)Manager könnten demokratisch gewählte Belegschaftsvertreter die Leitung der Werft übernehmen. Aufgabe wäre es, einen Plan für eine Fortführung der Produktion aller Werftstandorte und den Erhalt aller Arbeitsplätze zu erstellen.

### Der Kampf um jeden Arbeitsplatz beginnt hier

Täglich gibt es neue Meldungen über die Zukunft der Werft. Aber die Belegschaft sollte nicht durch die Presse erfahren, was los ist. Nötig sind tägliche Betriebsversammlungen, um über den Stand der Verhandlungen informiert zu werden.

Aber durch die Insolvenz droht auch ein Ausverkauf der Werft. Darum ist die Kontrolle der Werkstore durch die Belegschaft nötig: Jeder Versuch Maschinen, Teile oder andere Werte aus der Werft zu bringen muss verhindert werden.

### Gemeinsamen Widerstand organisieren

Von der Krise sind nicht nur die Beschäftigten der Werften betroffen. Machen die Werften dicht, werden Hunderte ihre Arbeit bei Zulieferern und in der Stadt verlieren. Auch bei der Stadtentsorgung, der Ostseezeitung, Scandlines, der

## Achtung NPD: unsozial und arbeiterfeindlich!

Die NPD stellt sich gerne als Partei von Arbeitern und Erwerbslosen dar – wie auch hier an der Werft. Aber die Realität sieht anders aus: Ihre Geldgeber sind die Millionäre wie Jürgen Rieger. In Wurzten stimmte die NPD für Stellenstreichungen und Gebührenerhöhungen. In ihren Programmen fordert sie Zwangsarbeit für Arbeitslose, ist für weitere Privatisierungen. Während sie ihre Zeitung zu Niedrigstlöhnen drucken lassen, gönnen sich NPD-Landtagsabgeordnete dicke Dienstwagen. So sieht keine Politik im Interesse von Arbeitern aus.

Hafenumschlagsgesellschaft und vielen mehr droht den KollegInnen Arbeitslosigkeit oder Gehaltseinbußen.

Nötig ist gemeinsamer Widerstand. Eine Belegschaftsversammlung der Werft-Beschäftigten sollte Ausgangspunkt sein, Delegationen von KollegInnen zu anderen von Arbeitsplatzabbau betroffenen Betrieben zu schicken, um gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen. Der Rostocker DGB und die Einzelgewerkschaften sollten umgehend eine Versammlung aller Vertrauensleute in Rostock einberufen, um Maßnahmen zum Widerstand zu diskutieren und zu entscheiden. Es gilt alle in Rostock von Arbeitsplatzabbau betroffenen Beschäftigten zusammenzubringen. Ein erster Schritt zu weiteren Protesten dazu wäre eine gemeinsame Demonstration aller von Arbeitslosigkeit betroffenen Betriebe.

**Komm zu unseren Treffen: jeden Donnerstag, 18 Uhr, im SAV-Treff, Kröpeliner Straße 90 (Innenstadt)**

## Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte **weitere Informationen** über euch.
- Ich möchte die **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo der solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** mit einer monatlichen Spende von \_\_\_ Euro (ab 3 € pro Monat)
- Ich will Mitglied der SAV werden

Name

Straße

PLZ und Ort

Telefon/Email

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 € /20 € oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name KontoinhaberIn

Kontonummer

Bank

Bankleitzahl

Datum

Unterschrift

Bitte ausschneiden und senden an:  
SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder  
Fax: 030 – 247 238 04

